

Kleine Anfrage der Fraktion der SPD**Elektromobilität und E-Fuels bei den Polizeien, den Feuerwehren und den Rettungsdiensten im Land Bremen**

Dem Elektromotor gehört innerstädtisch die nahe Zukunft. Die Technologie sorgt dafür, dass Fahrzeuge umweltfreundlicher, leiser und effizienter als vergleichbare Fahrzeuge mit Verbrennungsmotor unterwegs sind. Zweifellos wird die gesamte Mobilität in Zukunft CO₂-neutral sein müssen. Hier gilt es, die verschiedenen Verkehrsträger differenziert zu betrachten und einzuordnen, in welchem Bereich welche Schritte wann und wie gemacht werden können und müssen.

E-Fahrzeuge benötigen zur Ladung ihrer Energiespeicher Strom aus dem Netz, hieraus entsteht das Erfordernis einer komplett neuen Ladeinfrastruktur zum verlässlichen Betrieb der Fahrzeuge. Auch muss zukünftig sichergestellt sein, dass der CO₂-neutrale Alltagsbetrieb der E-Fahrzeuge durch einen nachhaltige und ebenfalls CO₂-neutrale Produktion des Stroms durch erneuerbare Energien flankiert wird. Dadurch würden E-Autos zu einer höheren Luftqualität und geringerer Lärmbelastigung führen und erhebliche, positive Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen und Tieren in unseren Städten haben. Dies gilt insbesondere in Ballungszentren wie Bremen und Bremerhaven.

Gleichzeitig ist der Einsatz von Elektroautos heute noch dahingehend eingeschränkt, dass noch keine flächendeckende Ladeinfrastruktur vorliegt. Dies gilt insbesondere in Hinblick auf die Anzahl der in den kommenden Jahrzehnten zu ersetzen Pkw mit Verbrennungsmotor. Auch beansprucht das Aufladen der Elektrofahrzeuge eine größere Zeitspanne als das Betanken mit fossilen Brennstoffen (Stand heute). Ebenso ist die Reichweite von Elektrofahrzeugen im Vergleich zu Fahrzeugen mit einem Verbrennungsmotor geringer (Stand heute). Dies sind zwei Faktoren, die es kurz- und mittelfristig insbesondere im Hinblick auf die besonderen Anforderungen an Fahrzeuge der Polizei, der Feuerwehr und des Rettungsdienstes zu berücksichtigen gilt.

Strombasierte Kraftstoffe (E-Fuels) sind ebenfalls eine Alternative, um Emissionen im Verkehrssektor einzusparen beziehungsweise CO₂-neutral zu gestalten. Diese künstlichen, mit Strom hergestellten Kraftstoffe sind im Gegensatz zu Diesel oder Benzin klimaneutral, wenn der verwendete Strom aus erneuerbaren Energien stammt.

E-Fuels machen im Gegensatz zu Elektroautos keine technische Umrüstung der Fahrzeuge erforderlich (solange sie innerhalb gewisser Normen liegen), haben ähnliche Tankzeiten wie die Benzin- beziehungsweise Dieselfahrzeuge und weisen einen geringeren Schadstoffausstoß auf. Der größte Nachteil ist jedoch ihr geringer Wirkungsgrad.

Wir fragen den Senat:

1. Wie viele motorisierte Fahrzeuge sind bei den Polizeien, den Feuerwehren und den Rettungsdiensten im Land Bremen zurzeit in Betrieb (bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven und für die Feuerwehr nach Berufs- und freiwilliger Feuerwehr)?

2. Wie lange ist die durchschnittliche Lebensdauer, der in Frage 1 genannten Fahrzeuge, und wie viele müssen in den nächsten fünf Jahren davon planmäßig ersetzt werden?
3. Wie hoch ist der jährliche Kraftstoffverbrauch (bitte aufgeteilt nach Art des Kraftstoffs) der Flotten der Polizei Bremen, der Polizei Bremerhaven, der Feuerwehr Bremen, der Feuerwehr Bremerhaven (jeweils aufgeteilt nach Berufs- und freiwilliger Feuerwehr), des Bremer und des Bremerhavener Rettungsdienstes?
4. Wie hoch sind die Ausgaben für die Betankung der Einsatzfahrzeuge der Polizeibehörden, der Feuerwehren und der Rettungsdienste im letzten Jahr gewesen?
5. Wie viele Kilometer legen die Fahrzeuge der Polizeien, der Feuerwehren und der Rettungsdienste im Jahr durchschnittlich zurück (bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven und für die Feuerwehr nach Berufs- und freiwilliger Feuerwehr)?
6. Haben Elektrofahrzeuge im Einsatzdienst der Polizeien, der Feuerwehren sowie der Rettungsdienste nach Einschätzung des Senates einen Nachteil gegenüber Fahrzeugen mit herkömmlichen Motoren (bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven)?
7. Wie beurteilt der Senat den Abschlussbericht der Feuerwehr Berlin mit dem Elektro-Löschfahrzeug der Firma Rosenbauer?
8. Liegen grundsätzliche Planungen/Überlegungen vor, die die Anschaffung und einen Einsatz von Elektrofahrzeugen bei den Polizeien, den Feuerwehren und den Rettungsdiensten vorsehen (bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven)? Wenn ja, wie werden die Empfehlungen des Abschlussberichts der Klima-Enquetekommission (insbesondere aus Kapitel 6) darin berücksichtigt?
9. Liegen bereits heute Ladeinfrastrukturen in den Liegenschaften vor? Wenn ja, welche, in welcher Anzahl und an welchen Standorten? Welche Ladeinfrastruktur soll in den kommenden fünf Jahren geschaffen werden?
10. Welche Lademöglichkeiten müssten geschaffen werden, um den Anforderungen an den Wachen und im Einsatz gerecht zu werden (bitte differenziert für Polizeibehörden, Feuerwehren und Rettungsdienste darstellen)?
11. Mit welchen Kosten rechnet der Senat für die Bereitstellung einer ausreichenden und flächendeckenden Ladeinfrastruktur für die Polizei-, Feuer- und Rettungswachen im Land Bremen?
12. Mit welchen Instandhaltungskosten rechnet der Senat jährlich bei einer Anschaffung von Elektrofahrzeugen, erhöht sich der Bedarf im Vergleich zur derzeitigen Situation?
13. Gibt es Berechnungen, zu welchem Zeitpunkt Investitionen in Elektrofahrzeuge für die Polizeibehörden, die Feuerwehren und die Rettungsdienste, im Vergleich zum Verbrennungsmotor, wirtschaftlich rentabel sein würden?
14. Gibt es Unterschiede im Hinblick auf Einsatzgeschehen, beispielsweise die Dauer der Einsätze, welche Auswirkungen auf die Anschaffung von Elektrofahrzeugen haben, wie beispielsweise die Standzeiten und Einsatzzeiten der Fahrzeuge und die notwendige Reichweite und sind dabei Nachteile zu erwarten (bitte aufschlüsseln nach Polizeien, Feuerwehren und Rettungsdiensten)?
15. Für welche Einsatzbereiche sind reine E-Fahrzeuge (BEV) für Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste geeignet und für welche nicht (bitte aufschlüsseln nach Bremen und Bremerhaven)? Was sind die Gründe für den Einsatz beziehungsweise den Nichteinsatz reiner E-Fahrzeuge (BEV) in den Einsatzbereichen?

16. Sieht der Senat bei einer möglichen Einführung von Elektrofahrzeugen nennenswerte Unterschiede zwischen den Polizeien, den Feuerwehren und den Rettungsdiensten?
17. Werden bei Neubauten, wie beispielsweise der neuen Feuerwache am Hochschulring oder der neuen Polizeiwache in Gröpelingen, bereits grundsätzlich die technischen und infrastrukturellen Voraussetzungen für das zukünftige Laden von Fahrzeugen geschaffen?
18. Wie steht der Senat zu der Möglichkeit, eine entsprechende Ladeinfrastruktur für Fahrzeuge der Polizei, Feuerwehr und des Rettungsdienstes über private Anbieter sicherzustellen?
19. Wie bewertet der Senat den voraussichtlichen Strombedarf einer (rein/überwiegend) elektrischen Fahrzeugflotte bei den Polizeibehörden, den Feuerwehren und den Rettungsdiensten im Land Bremen, welche Kosten würden dadurch entstehen, und in welchem Verhältnis würden diese zu den bisherigen Ausgaben für Kraftstoffe stehen (sofern möglich bitte aufgeschlüsselt nach Bremen und Bremerhaven)?
20. Wie bewertet der Senat den Einsatz von klimaneutralen E-Fuels für Einsatzfahrzeuge der Polizeien und Feuerwehren mit einem zulässigen Gesamtgewicht ab 3,5 Tonnen (ab leichte Lkw), und plant der Senat Pilotprojekte in diesem Bereich durchzuführen?
21. Welche Vor- und Nachteile sieht der Senat bei der Verwendung von klimaneutralen E-Fuels für Feuerwehr- und Polizeifahrzeuge im Vergleich zu sowohl Elektrofahrzeugen wie auch Verbrennungsmotoren?
22. Wie unterscheiden sich die Kosten von Elektrofahrzeugen, Benzinern und E-Fuels betriebenen Fahrzeuge bei den Feuerwehren und den Polizeien in Anschaffung, Wartung und Infrastruktur?
23. Sind dem Senat Fördertöpfe sowohl beim Bund wie auch in der EU bekannt, die für eine Mitfinanzierung der Elektrifizierung des Fahrzeugparks und der Ladeinfrastruktur vorgesehen sind?

Kevin Lenkeit, Arno Gottschalk, Mustafa Güngör und Fraktion der SPD